



Trivium

Revue franco-allemande de sciences humaines et sociales - Deutsch-französische Zeitschrift für Geistes- und Sozialwissenschaften

32 | 2021
Institutions

Hauriou und das Naturrecht

Olivier Beaud

Traducteur : Nikolaus Gramm



Édition électronique

URL : <http://journals.openedition.org/trivium/7337>

DOI : 10.4000/trivium.7337

ISBN : 1963-1820

ISSN : 1963-1820

Éditeur

Les éditions de la Maison des sciences de l'Homme

Référence électronique

Olivier Beaud, „Hauriou und das Naturrecht“, *Trivium* [Online], 32 | 2021, online erschienen am 28 Dezember 2020, abgerufen am 18 März 2021. URL: <http://journals.openedition.org/trivium/7337> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/trivium.7337>

Ce document a été généré automatiquement le 18 mars 2021.



Les contenus de la revue *Trivium* sont mis à disposition selon les termes de la Licence Creative Commons Attribution - Pas d'Utilisation Commerciale - Pas de Modification 4.0 International.

Hauriou und das Naturrecht

Olivier Beaud

Traduction : Nikolaus Gramm

NOTE DE L'ÉDITEUR

Originalausgabe | édition originale

»Hauriou et le droit naturel«, *Revue d'histoire des facultés de droit et de la science juridique*, 1988, Nr. 6, S. 123–138.

Wir danken Herrn Olivier Beaud und der *Revue d'histoire des facultés de droit et de la science juridique* für die freundliche Genehmigung, diesen Artikel in deutscher Übersetzung zu publizieren.

Nous remercions M. Olivier Beaud et la *Revue d'histoire des facultés de droit et de la science juridique* de nous avoir accordé l'autorisation de traduire ce texte pour le présent numéro.

- ¹ Auch wenn Hauriou oft als ein brillanter, aber konfuser Autor präsentiert wird, so ist sein Denken doch sehr kohärent, insofern es sich durchgängig auf einen epistemologischen Monismus stützt. Als glühender Vertreter des klassischen Naturrechts vertritt er die aristotelisch-thomistischen Prinzipien und kritisiert unermüdlich den herrschenden Positivismus. Er bekennt übrigens ganz offen, aus Thomas von Aquins *Summa theologiae* seine »wichtigsten Anregungen« sowie das »zur Vermeidung allzu grober Fehler erforderliche Erfolgsrezept« bezogen zu haben.¹ Indem er seine Rechtstheorie somit auf diese klassische Philosophie gründet, stellt er in seinem ganzen Werk die Trennung von Recht und Moral sowie deren positivistische Konsequenz, das Prinzip der ethischen Neutralität, in Frage. Seine methodologische Position steht diesem radikal entgegen, da er dem Juristen die Rolle zuweist, »über die *ars boni et aequi* [die Wissenschaft vom Guten und Gerechten; A.d.Ü.] Aufschluss zu gewähren«.² Schon im Jahr 1896 stellt er sich in *La science sociale traditionnelle* den Durkheimianern entgegen, da er sich weigert, in der Soziologie »Beobachtung und Handeln zu trennen«. »In gesellschaftlichen Dingen«, so schreibt er, »muss man sich keineswegs mit der Wahrheit der Ideen beschäftigen, sondern allein mit ihrem

praktischen Wert«.³ Als er später auf die Untersuchung des Rechts zurückkommt, weist er in ebendieser Weise die Unterscheidung zwischen dem positiven Recht und seinem Inhalt, seinem ethischen Wert, zurück. Seine Zurückweisung des Positivismus veranlasst ihn, die »monistischen Mode-Philosophen«⁴ anzuprangern, die er für amoralisch hält, da diese die Unterscheidung zwischen Gut und Böse auslöschen. Um das dringend notwendige reformerische Handeln voranzubringen, »ist er auf die Barrikaden gegangen«, wie er selbst berichtet, »um den wirklichen Kampf um das Recht zu führen, d. h. den Kampf gegen den Amoralismus und für die Unterscheidung von Recht und Unrecht«.⁵ Der Rechtspositivismus und, *a fortiori*, der Normativismus erscheinen ihm als Zeichen eines Niedergangs des Rechts. Zu seinem großen Bedauern stellt er fest, dass er sich »ganz bewusst« in die Perspektive des »Dramas von Recht und Unrecht« stellen muss, während sich der Jurist früherer Zeiten dort »instinktiv« verortete.⁶ Nun streitet der Jurist, in seinen Augen, für die Sache des Rechts: eine der Gerechtigkeit dienende und also *per se* gute Sache. Die Rechtsordnung bildet daher eine aus »moralischen Kräften«⁷ bestehende Ordnung, der sich die Kräfte der Ökonomie und der Politik – die von menschlichen Leidenschaften dominierte »Ordnung der brutalen Tatsachen«⁸ – entgegensetzen. Das Recht reagiert also auf eine Degradation im Zustand der Gesellschaft oder ist, in anderen Worten, »eine soziale Ordnung zur Wiederaufrichtung der Gesellschaft«.⁹ Es hat denselben Gegenstand wie die Moral, aber verfügt über den äußeren Zwang, der dieser nicht zur Verfügung steht. Hauriou ist also einer axiologischen Definition treu geblieben, der zufolge das Recht in »der Übereinstimmung mit einer idealen – oder doch wenigstens idealisierten – Ordnung der Dinge besteht«.¹⁰ Mit bemerkenswertem soziologischem Scharfblick nimmt er zugleich die charakteristischen Züge der Welt seiner Zeit und ihres Rechts wahr. Sein sehr ehrgeiziges intellektuelles Projekt besteht darin, das positive Recht zu studieren, es aber mit den Instrumenten des klassischen juristischen Denkens zu interpretieren.¹¹ Sein Unterfangen, zum Naturrecht zurückzukehren, führt ihn dazu, die Quellen des Rechts in kritischer Weise neu zu bewerten (Teil I dieses Aufsatzes), und diese Bestrebung wird in einem Versuch der Rekonstruktion der Doktrin – der berühmten Theorie der Institution – fortgesetzt, der darauf abzielt, das Naturrecht und die modernen Formen des positiven Rechts miteinander zu versöhnen (Teil II).

I. Der Anspruch auf einen Pluralismus der Quellen des Rechts

- 2 Gegen die vorherrschende Meinung, die gerne von der Dominanz des Gesetzes und dem Vorrang des Vertrags ausgeht, will Hauriou die anderen Quellen des Rechts rehabilitieren, die seiner Auffassung nach besser für die Suche nach Gerechtigkeit geeignet sind. Dieses Plädoyer für den Pluralismus stützt sich auf eine radikale Kritik der Rolle des Willens bei der Schaffung des Rechts.

A. Die Kritik des rechtlichen Voluntarismus

- 3 »In unseren Tagen«, stellt Hauriou fest, »übt der Wille des Menschen und, wie man sagen kann, sein jetziger, augenblicklicher Wille einen derartigen Einfluss auf die physischen Elemente und selbst auf die soziale Welt aus, und der Vertrag hat in der

Ordnung des Rechts eine derartige Vorherrschaft errungen, dass wir die Unanfechtbarkeit des Faktischen ein wenig aus den Augen verloren haben.«¹²

- 4 Der gegen den juristischen Subjektivismus und seine Grundlage, den Primat des Willens, angestrebte Prozess setzt eine neue Doktrin voraus, die die beiden Manifestationsformen des Subjektivismus – das Gesetz und den Vertrag – zu analysieren erlaubt. Hauriou überdenkt nun die grundlegende Kategorie der Rechtshandlung, um die Rolle des Willens bei der Entstehung der Normen zu relativieren. Gegen die vorherrschende Theorie behauptet er, dass die Handlung »wie eine flüchtige Phosphoreszenz vor dem dunklen Hintergrund der Tatsachen aufscheint«.¹³ Diese heterodoxe These beruht auf einer kühnen Konzeption des Unterschieds zwischen Handlung und Tatsache. Während die meisten Juristen sich das Kriterium zu eigen machen, dass der Wille bei der Schaffung juristischer Wirkungen existent ist, nimmt der Professor aus Toulouse den »Standpunkt der Dauer« ein: »Die juristische Tatsache ist das, was absichtlich oder unabsichtlich geschehen ist; die Rechtshandlung ist das, was – im Widerstand gegen die bloße Gewalt – geschieht oder noch nicht geschehen ist.«¹⁴ Hauriou findet das juristische Äquivalent dafür im Verwaltungsrecht oder, genauer noch, in der unilateralen Handlung. Er weitet seine Theorie der vollstreckbaren Entscheidung auf die Gesamtheit der Handlungen aus. »Die Rechtshandlung bleibt nur während jenes Zeitraums wirksam, in dem sie vollstreckbar ist, und sie wird zu einer juristischen Tatsache, sobald sie ausgeführt ist oder zumindest der Beginn der Ausführung sie von ihrem Urheber geschieden hat.«¹⁵ Ein Schema, das für den Vertrag ebenso wie für das Gesetz Geltung hat. Dieser ist »eine gegenwartsbezogene, ephemere und transitorische Operation«¹⁶, die auf Dauer zur institutionellen Tatsache zu werden tendiert. Jenes ist eine komplexe Handlung. Dort aber, wo ein Großteil der Rechtsgelehrsamkeit das Ergebnis eines konzertierten Handelns der verschiedenen Einzelwillen sieht, erkennt Hauriou einen objektiven Prozess sukzessiver Beistimmungen, die sich in das Verfahren eingliedern. In der Entstehung der normsetzenden Handlung »gibt es keine Konvergenz der Zustimmung zu ein und derselben subjektiven Handlung, sondern die Eingliederung der früheren Zustimmungen durch den Beitritt zu ebendiesem Verfahren, das eine objektive Rechtshandlung ist«.¹⁷ Die Entscheidungen der staatlichen Behörden werden so auf die Qualität von »tatsächlichen Beistimmungen«, auf die »faktische Zustimmung«¹⁸ reduziert, und verlieren so ihren hergebrachten Charakter unilateraler Handlungen. Konkret gesprochen, geht der bindende Charakter des Gesetzes nicht mehr aus dem Willen des Parlaments – einer vom Volk gewählten Instanz – hervor, sondern aus einer Kette aufeinanderfolgender Beistimmungen, deren letztes Glied die der Bürger ist. Das Ergebnis ist paradox: Das Gesetz befiehlt nicht mehr, es stimmt zu. »Durch das Gesetz verpflichtet sich das Volk.«¹⁹ Man kann also nicht mehr von der Souveränität des Gesetzes sprechen, das – in sicherlich unvollkommener Weise – die Idee der Volkssouveränität zum Ausdruck bringt. In der Tat ist der Wille der Nation nicht länger der »Wille, zu befehlen«, sondern wird zum »Willen, Verpflichtungen zu übernehmen«²⁰ oder auch zum »Willen, zu gehorchen, und sich zum Gehorsam zu verpflichten«.²¹ Durch eine jener für ihn typischen Begriffsdrehungen verwandelt Hauriou die Souveränität der Nation in eine »Souveränität der Unterwerfung« – für die Anhänger des Rechtspositivismus eine regelrechte *contradictio in adiecto*.
- 5 Auch das Supremat des Gesetzes wird aufgrund seiner materiellen Definition in Frage gestellt. Es wird nicht mehr durch seinen Ursprung definiert, sondern im Wesentlichen

durch sein Objekt, durch das, was es bestimmt. Demnach gäbe es verschiedene Formen von Gesetzen: die einen »von genehmigender Art« und »der Geltung eines Verwaltungsakts«, ²² die anderen, die öffentliche Ordnung betreffend, von »befehlender Art«. Ungeachtet ihres gemeinsamen parlamentarischen Ursprungs sind sie von verschiedener Art. Gerade dank dieser materiellen Auffassung lässt sich eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit normaler Gesetze einfordern, die entweder in Beziehung auf die »statutarischen Verfassungsgesetze« ²³ oder aber in Beziehung auf die verfassungsmäßige Legitimität (die berühmte »gesellschaftliche Verfassung«) erfolgen wird.

- 6 Das Misstrauen Haurious gegenüber dem Gesetz hat sein Pendant in seiner Aversion gegen den Vertrag. Er betrachtet Letzteren als den »kühnsten überhaupt denkbaren Versuch, die Vorherrschaft des menschlichen Willens über die Tatsachen zu etablieren, indem man diese von vorneherein in ein vorausplanendes Handeln integriert«. ²⁴ Er repräsentiert die prometheische Anstrengung, die darauf abzielt, die Zeit zu beherrschen und sich »der Zukunft zu bemächtigen«. ²⁵ Hauriou bekämpft ihn im Namen seiner objektivistischen Sichtweise des Rechts als eine anfallartige Bestätigung des autonomen Willens. »Es wird sicherlich der Tag kommen«, sagt er voraus, »an dem das Ausufern des Prinzips der Willensautonomie als exzessiv erscheinen wird und an dem man zur Kenntnis nehmen wird, dass zu dieser Willensmacht auch eine Funktion gehört.« ²⁶ Die strukturellen Schwächen des Vertrags werden so aufgedeckt. Ohne institutionelle Hilfe (z. B. durch den Richter) kann er nicht fortbestehen; er ist nicht imstande, objektive Situationen zu regeln, wodurch die Entstehung von gemischten Rechtsakten wie etwa den *actes-règlements* (wie z. B. den Adhäsionsverträgen ...) erforderlich ist. Zuletzt und vor allem wird er zu einer Quelle von Ungerechtigkeit, wenn er nicht objektiv interpretiert wird. Hauriou setzt sich für einen Begriff der Ursache in den Verwaltungsverträgen ein; ²⁷ die Theorie der mangelnden Voraussicht nimmt er sehr positiv auf, insofern sie dem *contrat commutatif* ²⁸ einen »Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit« ²⁹ hinzufügt. Diese Rechtsprechung scheint ihm die Gültigkeit seiner These von der Absorption des kontraktuellen Elements in der Institution zu bestätigen. ³⁰ Auf der einen Seite wird der Verwaltungsvertrag durch die Institution des öffentlichen Dienstes, auf der anderen Seite der privatrechtliche Vertrag durch das gesellschaftliche Institutionengefüge eingeschränkt. Der Arbeitsvertrag wird beispielsweise durch die »Institution der Fabrik« ³¹ eingerahmt, womit im Verhältnis von Fabrikbesitzer und Arbeitern die Solidarität der Interessen sich gegenüber dem Klassenkampf durchsetzt. Die Exzesse des Subjektivismus sind somit beseitigt, der Vertrag wird wieder in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Parallel zu diesem Versuch, die herrschenden Quellen des Rechts zu sozialisieren, beabsichtigt Hauriou, dessen andere durch den Legizentrismus vernachlässigte Quellen stark zu machen.

B. Die Aufwertung der traditionellen Quellen des Rechts

- 7 Nach dem naturrechtlichen Verständnis des Rechts sind Gewohnheit und Rechtsprechung die bei der Suche nach Gerechtigkeit angemessensten Quellen, während die Rechtslehre an der Entdeckung des Rechts realiter beteiligt ist. Entgegen der herrschenden Lehre denkt Hauriou, dass »die Gewohnheit – trotz des momentanen Ostrazismus, mit dem sie das geschriebene Gesetz bedacht hat – die grundlegendste Quelle des Rechts bleibt«. ³² Dieser Befund gründet sich allerdings auf eine ambivalente Definition der Gewohnheit. In ihrer strengen Bedeutung einer wiederholten und als

verpflichtend angesehenen Praxis nimmt sie in der Normenhierarchie einen untergeordneten Platz ein. Hauriou räumt dies ein, denn er gibt zu, dass »das Aufkommen des geschriebenen Gesetzes dazu führt, die Gewohnheit als eine Quelle auszuschließen oder sie zumindest in den Hintergrund zu drängen und zugleich die durch das Gesetz bekräftigten juristischen Institutionen in den Vordergrund treten zu lassen.«³³ Die Gewohnheit ist anachronistisch, das Gesetz aber modern, da es an den Geist der Zivilisation und seine vorausschauende Dynamik angepasst ist. Dieses ist der Zukunft zugewandt, jene aber »stützt sich auf die Vergangenheit.«³⁴ Die Überlegenheit des Gesetzes ist zunächst instrumentaler, dann aber auch juristischer Art. Im positiven Recht, und insbesondere im Verwaltungsrecht, kann die Gewohnheit Gesetze und Vorschriften nicht außer Kraft setzen und sie nicht einmal umgehen.³⁵

- 8 Die hellsichtige Feststellung, dass die Gewohnheit im Rückzug begriffen sei, geht mit einem Kampf für ihre Aufwertung einher, wobei der Begriff allerdings nicht länger *stricto sensu*, sondern zur Bezeichnung verschiedener Phänomene verwendet wird. Die Rechtsprechung wird so als »Rechtsgewohnheit« (*coutume jurisprudentielle*)³⁶ und die geschriebene Verfassung als ein »Imitat der Gewohnheit« (*imitation de la coutume*) charakterisiert, die Theorie der Institution wird als eine »offensive Wiederkehr«³⁷ der Gewohnheit begrüßt, und der Staat rangiert unter den »Institutionen der Gewohnheit«³⁸ (*institutions coutumières*). Die Gewohnheit wird auch als eine Gegenmacht begriffen, die der Vorherrschaft des Gesetzes Widerstand entgegensetzen soll; sie ist so »ein Prinzip des Widerstands gegen die politische Organisation.«³⁹ Schließlich dient sie den staatlichen Institutionen als Grundlage, wenn sie vom Standpunkt der Subjekte aus begriffen wird (Thematik der »gewöhnheitsmäßigen Zustimmung«⁴⁰ [*consentement coutumier*]). Die doktrinale Aufwertung der Gewohnheit wird mithin um den Preis einer Deformation des Begriffs erkaufte, der eher dem (Hauriou'schen) Begriff der Institution zu entsprechen scheint als dem von der üblichen Lehre verwendeten Begriff der Gewohnheit.
- 9 Die Rehabilitation der Rechtsprechung ist überzeugender, wenn auch weniger originell, da Hauriou sich hier einer in der französischen Lehre weit vertretenen Strömung anschließt, deren wichtigster Vertreter Gény ist. Die Untersuchung der Entscheidungen des Conseil d'État bringt für ihn die Qualitäten der Rechtsprechung an den Tag; so rühmt er ihre Flexibilität und ihre Fähigkeit zur Weiterentwicklung,⁴¹ die es dem Richter erlaubt, die rechtliche Regel den besonderen Umständen besser anzupassen, sowie ihre Prädisposition, auf die großen Prinzipien der Billigkeit zu reagieren. Die – lebensnähere – Rechtsprechung ist daher besser als die – allzu abstrakte und rigide – Gesetzgebung dazu geeignet, das Wesen der Dinge zu durchdringen. Das Beispiel der Theorie der außergewöhnlichen Umstände veranschaulicht dies in idealer Weise. In diesen Angelegenheiten bringt der Conseil d'État die gewissermaßen natürliche Unterscheidung zwischen normaler und anormaler Situation zur Anwendung; so kann er in seinem Urteil zum Fall Heyriès den Gesetzestext zugunsten eines allgemeingültigen Rechtsprinzips beiseite schieben, da – in Hauriou's Worten – »die anormalen Zeiten das, was in normalen Zeiten im Hintergrund steht, in den Vordergrund treten lassen«,⁴² in diesem Fall also die Verteidigung des Staats über die Rechte des Beamten stellen. Aus denselben Gründen hält er es – in der Winckell-Affäre – für »natürlich, dass die Gesetze und ihre Garantien suspendiert werden.«⁴³ In anderen Fällen wird der Richter aber im Gegenteil den Bürger gegen exzessive Maßnahmen des Staats verteidigen können. Darf man aber – trotz der unbestreitbaren positiven Effekte

der Rechtsprechung – dem Richter einen so weiten Ermessensspielraum einräumen? Hauriou gibt zu bedenken, dass »der Richter zwar souverän ist, er aber auch gefährlich werden kann; *quis custodiet ipsos custodes?*«⁴⁴ Es braucht nichts weiter als einen fortgesetzten Irrtum, um von der Willkür der Gesetzgebung zur Willkür der Rechtsprechung zu gelangen. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, die Begrenzung der Macht der Rechtsprechung praktisch umzusetzen. Im Jahr 1900 schlägt Hauriou vor, den Ermessensspielraum der Textauslegung einzuschränken. Auch wenn der Richter »die Interpretation ausweiten kann, indem er alte Texte an neue Situationen anpasst«, muss er doch »den Wortlaut«, und das heißt »den wörtlichen Sinn« respektieren, denn andernfalls »lässt sich nicht mehr von einer Interpretation sprechen; man wendet das Gesetz nicht mehr an, sondern korrigiert es.«⁴⁵ Im Jahr 1910 wird diese Frage unter dem Blickwinkel der Gewaltenteilung behandelt: Es sei eine Frage »der Organisation und der Ausgewogenheit«.⁴⁶ In der letzten Phase seines Werks reiht er die Rechtsprechung in die polizeiliche Ermittlungsarbeit (*police juridique*) ein, im Gegensatz zum Gehalt des Rechts, der sich aus den Regeln des Rechts zusammensetzt; nun besteht zwischen Gesetz und Rechtsprechung »ein neues Gleichgewicht«⁴⁷, das sich aus ihrer wechselseitigen Kontrolle ergibt. Allerdings besteht die hauptsächliche und konstant beschworene Garantie im »gesunden Menschenverstand der Richter«,⁴⁸ in ihrem »sicheren Instinkt«.⁴⁹ Im Gegensatz zum Gesetzgeber und zur Verwaltung hat der Richter ein Gewissen und ein »Berufsethos«.⁵⁰ Die Richter verfügen daher über die Kardinaltugend der Umsicht, die dem von seinen politischen Leidenschaften irregeführten Gesetzgeber abgeht. Sie und nur sie können als rechtliche Gewalt bezeichnet werden, im Gegensatz zu den anderen Gewalten (Legislative und Exekutive), die – man könnte sagen: lediglich – politische Gewalten sind.⁵¹

- 10 In letzter Analyse kann man die schmerzhafteste Alternative von Legizentrismus und *judge-made-law* auflösen, indem man der Rechtslehre eine regulierende Rolle zuschreibt. Sie ist dann »die Autorität«, die das Gleichgewicht von Gesetz und Rechtsprechung »zu überwachen und zu regulieren hat«.⁵² Indem er nicht länger der Sklave des Ersteren ist, wird der Jurist zum Bündnispartner der Letzteren. Er kann und muss sich sogar der Willkür des Richters entgegenstellen, indem er »dessen Ermessensspielraum [...] auf die oberste Schicht des Rechts«⁵³ beschränkt. Er steuert den Richter, wenn er »die großen Prinzipien der Billigkeit« entdeckt, »die den Fundus des Rechts beherrschen.«⁵⁴ Zu diesen zählen die Theorien der unbegründeten Bereicherung und des Rechtsmissbrauchs, die von Zivilrechtlern ausgearbeitet wurden und der verfassungsmäßigen Übergesetzlichkeit (*superlégalité constitutionnelle*) angehören. Sie konkretisieren Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit (die Gleichwertigkeit der Leistungen).
- 11 Die Rechtslehre erscheint so, ebenso wie die Rechtsprechung, als eine Vermittlungsinstanz; die Regeln des Naturrechts stellen auch für sie »Weisungen«⁵⁵ dar, zu deren Ausführung sie verpflichtet ist. Um die reinen Ideen in Institutionen umzusetzen, zählt Hauriou in der Tat sowohl auf »das überzeugende Wirken der Lehre« als auch auf »die Organisation der »Rechtsprechungs-Sitte« (*coutume jurisprudentielle*)«⁵⁶. Er spricht sich nicht für die Suprematie der Rechtslehre aus, sondern möchte sie lediglich rehabilitieren, damit sie wieder auf die öffentlichen Behörden Einfluss nehmen kann.

- 12 Die doppelte Bewegung der Entwertung der vorherrschenden und der Aufwertung der traditionellen Quellen vollzieht sich unter Berufung auf den notwendigen Vorrang des Naturrechts über das positive Recht. Die hier errichtete Hierarchie ist aber statisch, um einen kelsenianischen Ausdruck zu verwenden; sie gibt eine Beziehung zwischen zwei Gehalten wieder. Hauriou musste gleichermaßen das Problem der Dynamik des Rechts und seiner Schaffung lösen. Er ersetzt den Staat durch die Institution.

II. Die Institution oder die neue Verbindung zwischen Naturrecht und positivem Recht

- 13 Die Theorie der Institution wird 1925 fertiggestellt.⁵⁷ Sie präsentiert sich als eine allgemeine Theorie des Rechts, aber die Rekonstruktion ihrer Genese zeigt, dass Hauriou eine juristische Theorie des Staats vorzulegen versuchte. Mit ihrer Hilfe rekonstruiert Hauriou das positive Recht und kommt zugleich den Forderungen des Naturrechts nach.

A. Die Genese der Theorie der Institution

- 14 Als eine allgemeine Rechtstheorie geht die Theorie der Institution zunächst von der Beobachtung des Staats – und genauer gesagt von der »Betrachtung der Welt der Verwaltung«⁵⁸ – aus. Der Staat erlebt am Ende des 19. Jahrhunderts eine starke Zunahme administrativer Institutionen, die das verteilen sollen, was Hauriou als »Güter« bezeichnet – d. h. ebenso sehr Leistungen wie Ehrungen und Stellungen. Dieses Wachstum macht ihn nach »Art von Pantagruel und Gargantua« zur »Institution der Institutionen«.⁵⁹ Aus dieser starken Zunahme der Bürokratie bezieht Hauriou die Idee, dass das öffentliche Recht sich »auf den grundlegenden Begriff der Institution«⁶⁰ gründet. Dieser geht aus einer synthetischen Induktion der verschiedenen »technischen Elemente«⁶¹ des Verwaltungsrechts hervor, die gleichsam das Programm darstellt, aus dem sich die gesamte Theorie speist.
- 15 Ab 1910 beschreibt Hauriou, wie die Institution – jenseits jeglichen formalrechtlichen oder staatlichen Zugriffs – ihr eigenes Recht hervorbringt. Das institutionelle Recht wohnt dem Leben jedes Zusammenschlusses von Menschen inne, dessen Zusammenhalt Verhaltensregeln erfordert, die durch die »Mitwirkung der herrschenden, in der Institution regierenden Gewalt«⁶² ins Werk gesetzt werden. Die Zwangsdimension des institutionellen Rechts bildet sich im sogenannten »Disziplinar«-Recht ab; sie bringt die unabdingbare Überlegenheit der Interessen der Gruppe über jene der Gruppenmitglieder zum Ausdruck.⁶³ Diese repressive Macht wird durch das statutarische Recht ausbalanciert. Diese zweite Dimension des institutionellen Rechts bringt die Idee eines von den Betroffenen *gebilligten* Rechts zum Ausdruck, da diese durch ihre Beteiligung an kollektiven Verfahren (Versammlungen, Abstimmungen etc.) ihren Beitritt zur Institution erkennen lassen. Dank dieser Unterscheidung relativiert Hauriou die Rolle des Zwangs in der Definition der Institution, ohne sie aber zu leugnen. Er erreicht dies durch den Rekurs auf die doppeldeutige Idee des »Gleichgewichts der Kräfte, bei dem eine Kraft die anderen dominiert«.⁶⁴
- 16 Diese Konzeption ist in doppelter Hinsicht originell: Einerseits erlaubt sie, dem staatlichen Recht das Disziplinarrecht gegenüberzustellen, das nicht dem Regime der

Legalität untersteht. Die Strafmaßnahme dieses repressiven institutionellen Rechts erfolgt unmittelbar, nämlich ohne die Vermittlung einer dritten Autorität wie der des Richters im staatlichen Recht. Das Disziplinarrecht setzt sich, so Hauriou, wie eine Tatsache durch,⁶⁵ durch die bloße Kraft der Gewalt. Es handelt sich also um ein rohes und brutales Recht, das schrittweise durch das staatliche Recht »zivilisiert« wurde. Dies ist bei einem Teil des Verwaltungsrechts der Fall: »[E]s ist von einem Disziplinarrecht, das es einst war, zu einem öffentlichen Recht geworden.«⁶⁶ Was jenen Teil anbelangt, der Disziplinarrecht geblieben ist, so steht er »neben dem öffentlichen Recht des Staates«⁶⁷, insofern er im Vergleich zum gesetzlichen Recht das außergesetzliche Recht darstellt. Hauriou zitiert hierfür einige wenige Beispiele: die Geschäftsordnungen von Parlamenten, die Abberufung von Beamten, die zum parlamentarischen Leben gehörigen politischen Sanktionen (Regelungen gemäß der Verfassung). Vom Standpunkt des Staates – der nationalen Institution – aus betrachtet, erhält der Begriff des Disziplinarrechts eher die Genese des öffentlichen Rechts als jene des positiven Rechts. Dagegen entspricht das das Disziplinarrecht ersetzende statutarische Recht zahlreichen und geläufigen Praktiken. Die »statutarischen Verfahren«, aus denen die statutarischen Regeln hervorgehen, geben Aufschluss über den Entscheidungsmechanismus der staatlichen Institution. Sie folgen der Dialektik von Handlung und juristischer Tatsache (siehe oben) und unterstellen also die leitenden Willensäußerungen der zeitlichen Dauer und der Zustimmung der Adressaten der Entscheidungen. Wenn Hauriou – ohne aber darauf zu insistieren – äußert, dass »diese Verfahren zu einem großen Teil notwendig sind«,⁶⁸ kann er auf den natürlichen Charakter dieses institutionellen Rechts schließen: »[D]ie Institution bringt das statutarische Recht genauso natürlich wie das Disziplinarrecht hervor.«⁶⁹ Sie schafft das Recht – eine Leitidee, die 1925 gegen die These von Duguit aufgestellt wird. »Es sind die Institutionen, welche die Rechtsnormen schaffen, aber nicht die Rechtsnormen, welche die Institutionen schaffen.«⁷⁰

- 17 Trotz der Bedeutung seiner Vorkriegstheorie sieht Hauriou diese später als »noch sehr unvollkommen«⁷¹ an. Er hat zwischenzeitlich seine Auffassung der moralischen Person revidiert, die in der Theorie der Institution einen zentralen Platz einnimmt. Er macht aus ihr ein dem individuellen Wesen analoges moralisches Wesen, das daher auch über ein Gewissen verfügt, das dem eines Menschen äquivalent ist.⁷² Die Institution setzt sich in Wirklichkeit aus einer verbandsmäßigen Organisation (Macht), die man objektive Individualität nennt, und aus einem moralischen Subjekt (den Mitgliedern der Institution) – der subjektiven, durch die Idee geleiteten Individualität – zusammen. Wie kann man bei der Beurteilung des Staates die Exzesse der Herrschaft der Regierung (objektive Individualität) über die Bürger, das subjektive Element, vermeiden? Anstatt sich allein auf das Prinzip der »Gleichgewichte der aktiven Kräfte«⁷³ zu stützen, zieht es Hauriou in dieser zweiten Phase vor, auf die juristischen Mittel zu insistieren, die es den Mitgliedern der Institution erlauben, sich die Organe »anzueignen«; die nationale Souveränität wird so als eine »durch die Nation ausgeübte Aneignung, ein den Regierungsorganen übergeordnetes moralisches Subjekt«⁷⁴ begriffen. Durch ihre Identifikation mit der *kollektiven Unternehmung* verleihen die Subjekte der korporativen Organisation einen Sinn und schreiben ihr die Dignität einer moralischen Person zu. Die endgültige Theorie der Institution (»La théorie de l'institution et de la fondation« [1925]) besiegelt diese Verlagerung des Schwerpunkts auf die Idee des Unternehmens. Die Institution ist dementsprechend

»eine Idee vom Werk oder vom Unternehmen, die in einem sozialen Milieu Verwirklichung und Rechtsbestand findet. Damit diese Idee in die konkrete Tatsachenwelt umgesetzt wird, bildet sich eine Macht aus, von der sie mit Organen ausgestattet wird. Zwischen den Mitgliedern der an der Durchsetzung der Idee interessierten der beteiligten sozialen Gruppe ergeben sich unter der Oberleitung der Organe Gemeinschaftsbekundungen, die bestimmten Regeln folgen.«⁷⁵

Die Idee des Werks spielt eine dreifache Rolle. Sie löst den Prozess der Institutionalisierung aus und unterstützt ihn, da sie über die bemerkenswerte Fähigkeit verfügt, ihre Schöpfer zu überleben. Sie legitimiert dann die Macht des Oberhauptes der Organisation, die sie ins Werk setzen (Stadium der Verkörperung). Und zuletzt löst sie – durch ihre Aura – den Beitritt der Mitglieder der Unternehmung aus (Stadium der Personifizierung).

- 18 Die abstrakte Konzeption der Institution wird in eine konkrete, spezifisch juristische Definition übergeleitet. Hauriou charakterisiert sie als »Fortsetzung der Gründung«.⁷⁶ Sie entsteht folglich aus einem Gründungsvorgang, einer komplexen Handlung in zwei Etappen, der Einführung einer leitenden Idee durch die »ursprünglichen Gründer«⁷⁷ und der Weiterführung durch »neue Gründer«.⁷⁸ Die Zeit der Grundlegung wird so ausgedehnt, um aus dem prozeduralen Vorgang (der objektiven Tatsache, Hauriou zufolge) das entscheidende Element zu machen, das die damit einhergehende Schaffung der verbandsmäßigen Organisation und der moralischen Person erklärt. Die Institution erscheint dann als die permanente Aktualisierung der ursprünglichen Idee. Diese These der Gründung wird auf den Staat angewandt, um seinen Ursprung zu beleuchten. Im Gegensatz zu seinen positivistischen Zeitgenossen, die ihn lediglich als eine bloße Tatsache betrachten, will Hauriou ihn juristisch rechtfertigen. Er analysiert daher die konstituierende Macht als einen Gründungsvorgang; die ursprüngliche konstituierende Macht und die verfassungsrechtliche Neufassung stellen die beiden Pole ein und desselben Verfahrens dar. Allerdings räumt Hauriou hinsichtlich der revolutionären konstituierenden Macht ein, dass sie die Unterordnung des »Dauerhaften unter das Augenblickliche«⁷⁹ ans Licht bringt, aber diese Einschränkung tut der Geltung seiner These von der fortgesetzten Grundlegung keinen Abbruch. So wie das Recht von der Diskontinuität zur Kontinuität übergeht, bezähmt das etablierte Recht tatsächlich nach und nach das revolutionäre Recht.⁸⁰ Zu den Mitteln der »Etablierung« des Rechts zählen das Handeln der Richter und auch die konstante Zustimmung der Nation, die sich durch »ihre Teilnahme [...] am Wirken der repräsentativen Institutionen«, d. h. an den regelmäßig wiederkehrenden Wahlen kundtut.

- 19 Obwohl sie in ihrer Endfassung als eine allgemeine Theorie des Rechts erscheint, bleibt die Theorie der Institution durch ihren ersten Ursprung gekennzeichnet, dem zufolge sie eine Doktrin des Staates bereitstellen sollte. Dank ihrer kann sich Hauriou glücklich schätzen, »der Gründung des Staates«⁸¹ wieder Zutritt zur Sphäre des Rechts verschafft zu haben. Es handelt sich aber, wie die Untersuchung der Zwecke der Institution zeigt, um das klassische Naturrecht.

B. Die Institution im Dienste des Naturrechts

- 20 Während Michel Villey es ablehnt, das Naturrecht als ein Korpus fester Regeln zu definieren und es wesentlich als eine »experimentelle Methode«⁸² begreift, versteht

Hauriou dieses mit einem ganz bestimmten *Gehalt*, dessen Verwirklichung der Institution obliegt.

- 21 1. »Das Recht ist«, so Hauriou, »eine Art Programm, das gleichzeitig auf die Herstellung von Sozialordnung und Gerechtigkeit eingerichtet ist.«⁸³ Die beiden dem positiven Recht zugewiesenen Ziele – Ordnung und Gerechtigkeit – bilden das unzertrennliche Korpus des Naturrechts, das sich nicht auf eine »Sammlung von Gerechtigkeitsgeboten«⁸⁴ reduzieren lässt. Zu diesen muss – wie Hauriou erklärt – die Sozialordnung als das Merkmal der »wahren Natur des Menschen und der Gesellschaften«⁸⁵ hinzukommen. Das theoretische Problem resultiert aus dem Widerspruch, der zwischen diesen beiden Elementen besteht. Die Gerechtigkeit hat das *aequum et bonum*, die Sozialordnung »die Erhaltung des jeweiligen Gesellschaftszustands«⁸⁶ zum Gegenstand; Erstere ist revolutionär, Letztere konservativ. Die anhaltende Spannung zwischen diesen beiden Extremen löst sich – in den Grenzfällen – durch den Vorrang der Ordnung über die Gerechtigkeit auf. Doch Letztere ist dadurch nicht ausgelöscht; sie bewahrt eine in gewisser Weise höhere Würde, aber ihre Verwirklichung braucht, wie sich herausstellt, mehr Zeit und ist schwieriger.⁸⁷ Die Sozialordnung kennt lediglich einen provisorischen, der Notwendigkeit geschuldeten Vorrang – genauso wie das provisorische Recht sich im positiven Recht vorübergehend durchsetzt, bevor das Recht sich etablieren kann.
- 22 Die beiden Teile des Naturrechts unterscheiden sich durch ihren Gegenstand, aber auch durch ihre Qualität: Die Gerechtigkeit ist unwandelbar, die Sozialordnung aber »entwicklungsfähig«⁸⁸ und wandelbar. Einerseits »ist es das Anliegen« der Gerechtigkeit, »die Menschen in gesellschaftlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung im Hinblick auf das Gute möglichst gleichzustellen«;⁸⁹ Hauriou definiert sie so im Anschluss an die aristotelisch-thomistische Synthese: Die Gerechtigkeit ist Verteilungsgerechtigkeit – *sum cuique tribuere* –, sie ist auf das Gemeinwohl orientiert, und schließlich »[wird] Gerechtigkeit [...] wahrhaft nur durch besondere Entscheidungen im konkreten Fall in die Tat umgesetzt«.⁹⁰ Ihre Unveränderlichkeit ergibt sich aus der des – als »moralische«⁹¹ Spezies begriffenen – Menschengeschlechts. Aufgrund der Erbsünde – so die Hauriou'sche Thematik des fehlbaren Individualismus – sind die Menschen vom moralischen Gesetz und der Gerechtigkeit abgekommen; sie streben dieser aber seitdem nach, ohne jemals vollkommen mit ihr in Einklang stehen zu können. Da die Kluft zwischen dem Ideal und seiner Verwirklichung konstant bleibt, stellt die Geschichte einen ewigen Neubeginn der ursprünglichen Trennung zwischen »dem moralischen Gesetz und den Sitten«⁹² dar.
- 23 Im Gegensatz zur Gerechtigkeit wandelt sich die Sozialordnung im Laufe der Epochen. Dennoch bezeichnet dieser Begriff nicht jede beliebige Ordnung, sondern allein »die individualistische Sozialordnung«, die der jüdisch-christlichen Zivilisation entspricht. Seine abstrakte Definition als »Unternehmen der Stabilisierung des jeweiligen Gesellschaftszustands durch ein im Gleichgewicht befindliches Gefüge«⁹³ verschleiert eine ganz konkrete Realität: Diese Sozialordnung ist die der modernen kapitalistischen Gesellschaft. In der Tat ist deren mächtige Triebfeder der Individualismus, der die »produktive Arbeitsweise«⁹⁴ gewährleistet. Dieses Modell wird im Nachhinein auf die sesshaften Gesellschaften der Antike angewendet. Diese kannten demnach den Unternehmergeist und die »Abenteuerlust«⁹⁵, während den nomadischen Gesellschaften »die Notwendigkeit der Produktion«⁹⁶ fremd war. Dank dieses kühnen, jedoch aussagekräftigen »Synchronismus« wird die individualistisch-kapitalistische

Ordnung in gewisser Weise naturalisiert. Symmetrisch dazu wird der Ausschluss der nomadischen Gesellschaften aus der natürlichen Ordnung auf die modernen kommunistischen Gesellschaften ausgedehnt, die »unfähig sind, die Produktion sicherzustellen«.⁹⁷ Hauriou gibt sich also nicht damit zufrieden, den natürlichen Charakter des Privateigentums zu bekräftigen, sondern er naturalisiert auch den kapitalistischen Unternehmergeist.

- 24 Diese Hierarchie der Sozialordnungen führt auf der Ebene der Rechtstheorie zu einem diskriminierenden Staatsbegriff. Allein der bürgerliche Staat kann aufgrund seiner Natur als »politisches Protektorat einer Zivilgesellschaft auf Grundlage einer individualistischen Ordnung«⁹⁸ die Qualität, Staat zu sein, für sich in Anspruch nehmen. Dagegen sind die kommunistischen Regimes keine wirklichen Staaten, denn sie gehen mit der individualistischen Sozialordnung nicht konform. Ebenso legitimiert – in diachronischer Sichtweise – die Sozialordnung die demokratischen Regime, während sie die aristokratischen Institutionen des Mittelalters (Erstgeburtsrecht, Lehen) aus dem »Bild des Naturrechts«⁹⁹ streicht. Die Antike und die Moderne gelten dagegen als demokratische Epochen, denen »der Glaube an das Naturrecht«¹⁰⁰ eigen ist. Die politische Zäsur der Moderne wird also zugunsten einer ökumenischen Vision der politischen Geschichte ausradiert, doch Haurious Konzeption der Demokratie bleibt meilenweit von der seines unverbrüchlichen Feindes Rousseau entfernt.
- 25 Haurious Naturrecht bringt einen doppelten und recht präskriptiven Gehalt zur Darstellung, der die Lösungen des positiven Rechts leiten soll. Die Institution stellt das wichtigste der »Verfahren« dar, »mit denen die positive Rechtsordnung den Dingen Gerechtigkeit einzuflößen vermag«.¹⁰¹
- 26 2. Die Institution trägt gleichermaßen zur Verwirklichung der Sozialordnung wie zu der der Gerechtigkeit bei. In der Struktur, die die Sozialordnung im Gleichgewicht hält, stellt sie die kollektive Dimension des Rechts dar – im Gegensatz zum Vertrag und zum Rechtsverkehr, die das individuelle Handeln verkörpern. Die Institutionen bringen Sozialordnung hervor, insofern in ihnen »die aktiven Kräfte zu einem Gleichgewicht gelangt sind, aus dem sich die gesellschaftliche Stabilität ergibt«.¹⁰² Ihre inhärente Dynamik lässt sie den – allzu statischen – Rechtsnormen überlegen sein, die »nur Ideen der Beschränkung dar[stellen], statt Ideen des schöpferischen Unternehmens zu verkörpern«.¹⁰³ Die von ihnen geschaffene Sozialordnung ist daher in Bewegung und entspricht nicht der klassischen Vorstellung einer prä-etablierten Ordnung, die sich auf »eine theologische Grundlage« stützt und »nicht mehr mit den modernen Ideen in Einklang steht«.¹⁰⁴ Die moderne Ordnung ist evolutionär; sie bringt die Idee einer »langsamen und gleichförmigen Bewegung«¹⁰⁵ zum Ausdruck und ergibt sich aus einer Reihe interner Gegensätze, die zu Gleichgewichtszuständen führen. Der Staat kennt beispielsweise deren mehrere – verfassungsmäßige (Staat/Recht), politische (Zentralisierung/Dezentralisierung), politisch-religiöse, politisch-ökonomische –, die seine Macht zügeln. Er ist also von der Spannung zwischen der von der Souveränität oder der öffentlichen Gewalt symbolisierten Ordnung und dem von der Gewaltenteilung zum Ausdruck gebrachten Gleichgewicht geprägt.
- 27 Man würde sich heftig täuschen, wenn man dann Hauriou mit Montesquieu vergleichen und aus ihm den Anhänger irgendeines Mechanismus machen wollte. Die Institution neigt sicherlich dazu, eine Sozialordnung zu etablieren, aber sie ist vor allem auf die Gerechtigkeit ausgerichtet. Sie hat, wie die Geschichte zeigt, »die sozialen Organisationen nach und nach maßvoller und menschlicher werden lassen«.¹⁰⁶ Im

Vergleich zur Gerechtigkeit ist sie »ein Instrument der juristischen Technik«;¹⁰⁷ sie dient dazu, das Recht zu *verbessern*, d. h. ihm Gerechtigkeit einzuflößen. Ihre Haupttugend besteht tatsächlich darin, die amoralischen Kräfte in das Gute oder, was auf das Gleiche hinausläuft, die Tatsache in Recht zu verwandeln. Die Frage des Verhältnisses der Institution zur Gerechtigkeit ist somit jene der Besserung der Organisation oder auch der Rechtsprechung, insofern man diese als die Bewegung der Angleichung des positiven Rechts an das Naturrecht versteht.

- 28 Welche Bedingungen bestehen also für die Besserung? Eine Institution wird nicht allein durch den Umstand besser, dass sie »auf Dauer angelegt«¹⁰⁸ ist. Die »Auf-Dauer-Stellung des Faktischen« ist sicherlich eine notwendige Bedingung, aber wenn sie zu einer hinreichenden würde, geriete man in die Sackgasse der Überwältigung durch das *fait accompli*. Das wirkliche Kriterium der Besserung liegt in Wirklichkeit in der »Verbesserung des Faktischen« oder, in anderen Worten, in »der Anpassung des *fait accompli* an die allgemeine Ordnung der Dinge«.¹⁰⁹ Das Prinzip besteht somit in der Übereinstimmung mit der natürlichen Ordnung, aber seine Umsetzung ist schwieriger, und es stellt sich die Frage, woran man die Verbesserung des Faktischen erkennen kann. Hauriou greift hier auf den Begriff der »friedvollen Dauer« zurück, die »vermuten lässt, dass es zu einer Anpassung und zu einer Akzeptanz dieses Zustands gekommen ist«.¹¹⁰ Unter »Frieden« darf man nicht die moderne Vorstellung – wie Hauriou sagt: die »negative Definition«¹¹¹ – verstehen, die von Machiavelli und Hobbes geprägt wurde und die den materiellen Frieden, die Abwesenheit des Krieges bezeichnet. Der »wirkliche« Frieden »ergibt sich aus dem *Einverständnis* und kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden«;¹¹² es handelt sich, in anderen Worten, um einen »durch das Recht ermöglichten Frieden«¹¹³ – nicht um die Abwesenheit eines bewaffneten Konflikts, sondern ein Ziel, auf das die gesamte Gesellschaft hinstreben muss. Er ist die Frucht einer langen Arbeit der »Verbreitung der objektiven Vernunft«.¹¹⁴ Die auf das Gute ausgerichtete *Ratio* macht aus diesem Frieden einen Frieden für die Gerechtigkeit, wobei die beiden Begriffe nicht voneinander zu trennen sind. Zu versichern, dass die Institution nur in der »friedvollen Dauer« existiert, läuft auf die Behauptung hinaus, dass ihre Vervollkommenung aus der von moralischen Kräften geleiteten und von einem »Ideal der Gerechtigkeit«¹¹⁵ beseelten Handlung hervorgeht.
- 29 Die eminent moralische Natur der Institution impliziert die Verurteilung von Organisationen, die sich auf eine unrechte Idee des Werks gründen. Die Räuberbande könnte nicht als Institution qualifiziert werden, denn diese ist, wie Hauriou schreibt, »per definitionem eine gesellschaftliche Angelegenheit«.¹¹⁶ Die gesellschaftliche Angelegenheit ist aber zunächst und vor allem eine moralische, und dies in derselben Weise, wie ein öffentliches Bedürfnis – im juristischen Sinne des Wortes – mit den »guten Sitten«¹¹⁷ in Übereinstimmung stehen muss. Infolgedessen gehören Organisationen, die »gegen die elementaren Prinzipien der üblichen Moral verstoßen«, ¹¹⁸ der Welt der gesellschaftlichen Angelegenheiten, der Institution und – in letzter Instanz – des Rechts nicht an. Das Kriterium der Unterscheidung von Recht und Tatsache ist also Teil der Moral, die zum höchsten Wert erhoben wird, da sie absolut ist. Hauriou bleibt also dem Prinzip, das seine Reflexion geleitet hat, über alle Maßen treu: Alle menschlichen Angelegenheiten – und das Recht gehört zu ihnen – »müssen anhand der Unterscheidung von

BIBLIOGRAPHIE

- Brimo, A. (1969): »La philosophie du droit naturel du Doyen Maurice Hauriou«, in: *Université de Toulouse* (1969), S. 63–78.
- Dufour, A. (1983): »La conception de la personnalité morale dans la pensée de Maurice Hauriou et ses fondements philosophiques«, *Quaderni fiorentini per la storia del pensiero giuridico* 11/12, S. 685–719.
- Eisenmann, C. (1930): »Deux théoriciens du droit: Duguit et Hauriou«, *Revue Philosophique de la France et de l'Étranger* 110, S. 231–279.
- Hauriou, A. (1969): »Les derniers aspects de la pensée du Doyen Maurice Hauriou«, in: *Université de Toulouse* (1969).
- Hauriou, M. (1896): *La Science sociale traditionnelle*, Paris: Larose.
- Hauriou, M. (1897): *Précis de droit administratif*, 3. Aufl., Paris: Larose.
- Hauriou, M. (1907): *Précis de droit administratif*, 6. Aufl., Paris: Larose.
- Hauriou, M. (1910): *Principes du droit public*, Paris: Larose et Ténin.
- Hauriou, M. (1916): *Principes du droit public*, 2. Aufl., Paris: Larose et Ténin.
- Hauriou, M. et al. (1925): *La cité moderne et les transformations du droit (Cahiers de la nouvelle journée 4)*, Paris: Bloud et Gay.
- Hauriou, M. (1929a): *Notes d'arrêts sur décisions du Conseil d'état et du Tribunal des conflits*, Paris: Sirey.
- Hauriou, M. (1929b): *Précis du droit constitutionnel*, 2. Aufl., Paris: Sirey.
- Hauriou, M. (1933): *Aux sources du droit. Le pouvoir, l'ordre et la liberté (Cahiers de la Nouvelle Journée 23)*, Paris: Bloud et Gay.
- [Das Faksimile [hg. vom Centre de la philosophie politique et juridique der Université de Caen, 1986] ist online verfügbar unter: <http://visualiseur.bnf.fr/CadresFenetre?O=NUMM-4725&I=1&M=notice>.]
- Hauriou, M. (1965 [1925]): »Die Theorie der Institution und der Gründung«, in: ders.: *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze von Maurice Hauriou*, hg. v. Roman Schnur, übers. v. Hans und Jutta Jecht, Berlin: Duncker & Humblot, S. 27–66.
- Hauriou, M. (1965 [1927]): »Sozialordnung, Gerechtigkeit und Recht«, in: ders.: *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze von Maurice Hauriou*, hg. v. Roman Schnur, übers. v. Hans und Jutta Jecht, Berlin: Duncker & Humblot, S. 67–95.
- Kalinowski, G. / Villey, M. (1984): »La mobilité du droit naturel chez Aristote et Thomas d'Aquin«, *Archives de philosophie du droit* 29, S. 187–199.
- Université de Toulouse, Faculté de droit et des sciences économiques (Hg.) (1969): *La pensée du Doyen Maurice Hauriou et son influence (Journées Hauriou)*, Paris: Pédone.
- Villey, M. (1961): »Abregé du droit naturel classique«, *Archives de philosophie du droit* 6, S. 25–72.

NOTES

1. Hauriou (1916), S. XXIV.
2. Hauriou (1929b), S. X.
3. Hauriou (1896), S. 26.
4. Hauriou (1916), S. 10.
5. Hauriou (1916), S. 10.
6. Hauriou (1916), S. XXVI.
7. Hauriou (1916), S. XXV.
8. Hauriou (1916), S. 10.
9. Hauriou (1916), S. XXVI.
10. Hauriou (1916), S. 8.
11. Unsere Absicht besteht hier darin, die Intention Haurious zu rekonstruieren und dabei ganz wesentlich auf die allgemeingültige Verbindung zwischen positivem Recht und Naturrecht abzuheben. Für die positivistische Kritik seiner Postulate vgl. Eisenmann (1930). Für die Darstellung seiner Rechtsphilosophie und gerade auch ihrer thomistischen Herleitung vgl. Brimo (1969).
12. Hauriou (1910), S. 146.
13. Hauriou (1910), S. 146.
14. Hauriou (1910), S. 147.
15. Hauriou (1910), S. 152.
16. Hauriou (1910), S. 204 f.
17. Hauriou (1910), S. 157.
18. Hauriou (1910), S. 158.
19. Hauriou (1910), S. 120; siehe auch Hauriou (1929b), Nr. 69, S. 438.
20. Hauriou (1910), S. 224.
21. Hauriou (1910), S. 225.
22. Hauriou (1929a), Bd. 3, S. 17 (unter *C.E. ch. de fer du midi/Salles*).
23. Hauriou (1929a), Bd. 2, S. 374 (Anmerkung unter *C.E. Gomet*).
24. Hauriou (1910), S. 205.
25. Hauriou (1910), S. 205.
26. Hauriou (1929a), Bd. 3, S. 25 (Anmerkung unter *C.E. Lefranc*, 1926).
27. Siehe die vorige Anmerkung.
28. [Zu beiderseitigen gleichen Leistungen verpflichtender Vertrag: A.d.Ü.]
29. Hauriou (1933), S. 130 (»L'imprévision et les contrats dominés par des institutions sociales«).
30. Vgl. Hauriou (1910), S. 209 ff.
31. Hauriou (1933), S. 142.
32. Hauriou (1929b), S. 619.
33. Hauriou (1929b), S. 621.
34. Hauriou (1910), S. 622.
35. Hauriou (1907), S. 294, Nr. 2.
36. Hauriou (1933), S. 186. (»Police juridique et fond du droit«).
37. Hauriou (1933), S. 91.
38. Hauriou (1929b), S. XV.
39. Hauriou (1929b), S. 102.
40. Hauriou (1929b), S. XV u. 95 sowie Hauriou (1929b), S. XXVII.
41. Ohne diese »wäre der Gesetzespanzer, aufgrund seiner auf Kontinuität bedachten Lösungen, unzureichend und zugleich, aufgrund seiner Rigidität, repressiv« (Hauriou [1907], S. 296).
42. Hauriou (1929a), Bd. 1, S. 83 (Anm. zum Urteil im Fall Heyriès).
43. Hauriou (1929a), Bd. 3, S. 173.

44. Hauriou (1910), S. 76.
45. Hauriou (1929a), Bd. 2, S. 533 (unter *C.E. Héritiers Boucher d'Argis*, 1900).
46. Hauriou (1910), S. 776.
47. Hauriou, (1933), S. 176 (»Police juridique et fond du droit«).
48. Hauriou (1929a), Bd. 1, S. 138 (unter *C.E. Delmotte et Senmartin*).
49. So im Vorwort zu Hauriou (1897).
50. Hauriou (1910), S. 76.
51. Hauriou (1929b), Kap. I.
52. Hauriou (1933), S. 187 (»Police juridique et fond du droit«).
53. Hauriou (1933), S. 190.
54. Hauriou (1933), S. 187.
55. Hauriou (1933), S. 187.
56. Hauriou (1933), S. 185.
57. »La théorie de l'institution et de la fondation« erscheint zunächst in Hauriou et al. (1925), und dann in Hauriou (1933), S. 89–128; deutsch »Die Theorie der Institution und der Gründung«, in: *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze von Maurice Hauriou*, übersetzt von Hans und Jutta Jecht, Berlin: Duncker & Humblot, 1965, S. 27–66.
58. So im Vorwort zu Hauriou (1907), S. X.
59. Hauriou (1907), S. IX.
60. Hauriou (1907), S. IX.
61. Hauriou (1907), S. X.
62. Hauriou (1910), S. 136.
63. »Das Disziplinarrecht konstituiert sich in der Gesamtheit der juristischen Handlungen und der juristischen Regeln, die aus der instituierten sozialen Autorität hervorgehen und die es zum Gegenstand haben, entweder den Individuen bestimmte Maßnahmen aufzunötigen oder Situationen zu schaffen, die gegenüber Dritten durchsetzbar sind, oder aber Verhaltensspielräume einzuschränken, und all dies vornehmlich im Interesse der Institution und allein unter jener Strafandrohung, die von der Zwangsgewalt dieser Institution ausgeübt wird.« (Hauriou [1910], S. 137).
64. Hauriou [1910], S. 137.
65. Hauriou [1910], S. 139.
66. Hauriou [1910], S. 142.
67. Hauriou [1910], S. 80.
68. Hauriou [1910], S. 144.
69. Hauriou [1910], S. 143.
70. Hauriou (1933), S. 128 (»La théorie de l'institution et de la fondation«); dt. »Die Theorie der Institution und der Gründung«, in: Hauriou (1965 [1925]), S. 65.
71. Hauriou (1933), S. 123; Hauriou (1965 [1925]), S. 61.
72. Zu diesem Punkt vgl. die sehr gründliche Studie von Alfred Dufour (1983).
73. Hauriou (1907), S. VIII.
74. Dufour (1983), S. 694.
75. Hauriou (1933), S. 96 (»La théorie de l'institution et de la fondation«); Hauriou (1965 [1925]), S. 34.
76. Hauriou (1933), S. 120; Hauriou (1965 [1925]), S. 58.
77. Hauriou (1933), S. 121; Hauriou (1965 [1925]), S. 59.
78. Hauriou (1933), S. 121; Hauriou (1965 [1925]), S. 59.
79. Hauriou (1929b), S. 254.
80. Hauriou (1929b), S. 254 f.
81. Hauriou (1933), S. 96 (»La théorie de l'institution et de la fondation«); Hauriou (1965 [1925]), S. 34.

82. Villey (1961), S. 51.
83. Hauriou (1933), S. 66 (»L'ordre social, la justice et le droit«); dt. »Sozialordnung, Gerechtigkeit und Recht«, in: Hauriou (1965 [1927]), S. 91.
84. Hauriou (1933), S. 67; Hauriou (1965 [1927]), S. 92.
85. Hauriou (1933), S. 67; vgl. Hauriou (1965 [1927]), S. 92.
86. Hauriou (1933), S. 48; Hauriou (1965 [1927]), S. 72.
87. Vgl. dazu Brimo (1969), S. 72.
88. So die Begrifflichkeit der Kontroverse zwischen G. Kalinowski und M. Villey (Kalinowski / Villey [1984]).
89. Hauriou (1933), S. 50 (»L'ordre social, la justice et le droit«); Hauriou (1965 [1927]), S. 72.
90. Hauriou (1933), S. 50; Hauriou (1965 [1927]), S. 74.
91. Hauriou (1933), S. 37 (»Le droit naturel et l'Allemagne«).
92. Hauriou (1933), S. 40.
93. Hauriou (1933), S. 50 (»L'ordre social, la justice et le droit«); Hauriou (1965 [1927]), S. 75.
94. Hauriou (1933), S. 54; Hauriou (1965 [1927]), S. 78.
95. Hauriou (1933), S. 57; Hauriou (1965 [1927]), S. 82.
96. Hauriou (1933), S. 53; Hauriou (1965 [1927]), S. 78.
97. Hauriou (1933), S. 54; Hauriou (1965 [1927]), S. 78.
98. Hauriou (1929b), S. 58.
99. Hauriou (1933), S. 69 (»L'ordre social, la justice et le droit«); Hauriou (1965 [1927]), S. 94.
100. Hauriou (1933), S. 69; Hauriou (1965 [1927]), S. 94.
101. Hauriou (1916), S. 10.
102. Hauriou (1907), S. VIII.
103. Hauriou (1933), S. 127 (»La théorie de l'institution et de la fondation«); Hauriou (1965 [1925]), S. 65.
104. Hauriou (1910), S. 3.
105. Hauriou (1916), S. 7.
106. Hauriou (1933), S. 49 (»L'ordre social, la justice et le droit«); Hauriou (1965 [1927]), S. 73 f.
107. Dufour (1983), S. 699.
108. Hauriou (1910), S. 204.
109. Hauriou (1910), S. 84.
110. Hauriou (1916), S. 10.
111. Unveröffentlichtes Seminar, zitiert nach André Hauriou (1969), S. 135.
112. Hauriou (1916), S. 29.
113. Hauriou, A. (1969), S. 136.
114. Hauriou, A. (1969), S. 135.
115. Hauriou (1910), S. 135.
116. Hauriou (1910), S. 131.
117. Hauriou (1929a), Bd. 1, S. 334 (unter *C.E. Astruc*, 1916).
118. Hauriou (1910), S. 131.

INDEX

Mots-clés : Hauriou, droit naturel

Schlüsselwörter : Hauriou, Naturrecht

AUTEURS

OLIVIER BEAUD

Olivier Beaud ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Paris 2 Panthéon-Assas.

Nähere Informationen finden Sie [hier](#).